

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/7

11. Januar 1972

SPD will Führung auch in Baden-Württemberg

Klare Fronten für eine progressive Reformpolitik

Von Walter Krause MdL

Innenminister von Baden-Württemberg und Spitzenkandidat für den Landtagswahlkampf

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Die Opposition verfehlt ihre Aufgabe

"Fall Friedrich" offenbarte die tiefe Unsicherheit der CDU/CSU

Seite 3 / 37 Zeilen

Gespräch mit der Kirche muß weitergehen

Anmerkungen zu den Godesberger Grundpositionen der SPD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

SPD will Führung auch in Baden-Württemberg

Klare Fronten für eine progressive Reformpolitik

Von Walter Krause MdB

Innenminister von Baden-Württemberg und
Spitzenkandidat für den Landtagswahlkampf

100 Tage vor der nächsten Landtagswahl am 23. April 1972 bot die baden-württembergische SPD auf ihrem Landesparteitag in Stuttgart ein Bild der Geschlossenheit und des Selbstvertrauens. Gestärkt durch die Erfolge ihrer fünfjährigen Regierungsarbeit in Stuttgart und unterstützt durch die Friedenspolitik der Bundesregierung wird sie im bevorstehenden Landtagswahlkampf mit klaren politischen Zielsetzungen um die Führung der Landespolitik kämpfen. Auf dem Parteitag wurde deutlich, daß die Sozialdemokraten Baden-Württembergs zu einer sozialliberalen Koalition nach Bonner Vorbild bereit sind, um auch in diesem Bundesland eine Politik des Friedens, der Reformen und des sozialen Fortschritts betreiben zu können. Die CDU hat in Baden-Württemberg noch nicht begriffen, welche Wende sich in der deutschen Politik vollzieht. Sie hat nicht mehr die Kraft zu sozialen Reformen und verfällt auch im Bundesrat mehr und mehr in eine Weinsagerrolle - beim Mieterschutz, beim Betriebsverfassungsgesetz und jetzt auch noch bei der Friedenspolitik. Eine Fortsetzung der Großen Koalition wurde vom Parteitag abgelehnt. Damit sind die Fronten für den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg klar.

Eine eindeutige Stellungnahme bezog der Parteitag insbesondere auch zur Haltung der CDU in der Ostpolitik. Er bestätigte den Beschluß der SPD-Landtagsfraktion, wonach die Koalition mit der CDU noch vor der Landtagswahl aufgelöst wird, wenn die CDU-Mehrheit im Stuttgarter Kabinett die Ratifizierungsgesetze bereits im ersten Durchgang im Bundesrat definitiv ablehnen sollte.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Verabschiedung eines Regierungsprogramms, dessen Entwurf durch zahlreiche Anträge aus der Mitte der Delegierten in mehreren Punkten noch akzentuiert wurde. Dieses Programm, das sich auf Schwerpunkte - Bildung, Gesundheit und Umweltschutz - beschränkt, steht unter der einheit-

lichen Zielsetzung, mehr Demokratie zu verwirklichen und eine humane Gesellschaft zu schaffen: Eine Gesellschaft, die die Gesundheit ihrer Bürger schützt, die Alte und Alleinstehende nicht der Vereinsamung preisgibt, die sich auch der Benachteiligten und Behinderten annimmt sowie den besonderen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht wird. Baden-Württembergs Sozialdemokraten setzen sich deshalb mit Nachdruck für eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein, deren Ausbau vor allem den sozial Schwächeren dient. Weiter geht das Programm von der Erkenntnis aus, daß der Erfolg der Bemühungen um die Bewältigung der gesellschaftspolitischen Aufgaben wesentlich davon abhängt, wie weit es gelingt, die junge und kritische Generation zu integrieren. Auch unter diesem Aspekt hat der Ausbau der sozialen Gerechtigkeit in dem Regierungsprogramm einen hervorragenden Stellenwert erhalten.

Das Regierungsprogramm der baden-württembergischen SPD ist durch eine solide Finanzpolitik abgesichert. Im Programm wird nicht der Anspruch erhoben, sofort und überall vermehrte und verbesserte Leistungen durchsetzen zu können. Das Programm währt auch nicht - wie es die CDU in ihren ständigen Erklärungen tut - die Illusion, daß die Reformen allein durch eine Umverteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund und Ländern finanziert werden könnten. Baden-Württembergs Sozialdemokraten sagen ganz offen, daß die notwendigen sozialen Reformen, die Realisierung der Bildungsplanung und der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht ohne Mehreinnahmen des Landes verwirklicht werden können. Sie treten deshalb für eine Erhöhung des Anteils der Öffentlichen Hand am Sozialprodukt durch eine sozial gerechte Steuerreform ein. Sie werden sich auch nicht scheuen, die für einen voranschreitenden Umweltschutz notwendigen Mittel durch die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips und entsprechende Abgaben aufzubringen. Gleichzeitig steht für sie fest, daß der derzeitige finanzielle Engpaß eine soziale Reformpolitik nicht ausschließt und der Ausbau der sozialen Gerechtigkeit sowie die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte in erster Linie von politischen Willen und keineswegs allein von den Finanzen abhängig sind.

Der Parteitag hat gezeigt, daß Baden-Württembergs SPD zu den notwendigen Reformen bereit und auch darauf vorbereitet ist. Zustandekommen werden sie allerdings nur, wenn die SPD bei der nächsten Wahl in die Lage versetzt wird, die Führungsrolle in der Landespolitik zu übernehmen. In dieser Situation geht die SPD Baden-Württembergs darauf aus, alle reformbereiten Kräfte zusammenzufassen und in der Landtagswahl für sich zu gewinnen. (-/ex/11.1.1972/ks)

Die Opposition verfehlt ihre Aufgabe

"Fall Friedrich" offenbarte die tiefe Unsicherheit der CDU/CSU

Das nüchtern-abgewogene Urteil, das dieser Dienst über die als wohltuend objektiv zu bewertenden Äußerungen des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Otto A. Friedrich, abgegeben hat, braucht nicht korrigiert oder zurückgenommen zu werden. Daran ändert auch das von manchen Seiten als sensationell dargestellte Dementi Friedrichs und des Bundesverbandes-Büros zu einzelnen Sätzen oder an deren Formulierung nichts. Der Tenor der "Handelsblatt"-Aussagen des Arbeitgeberverbände-Präsidenten ließ erkennen, daß man sich auch bei Unternehmern der Gesamtsituation ebenso bewußt ist wie der Gesamtverantwortung. Das soll über aktuelle Erregungen hinweg als gut und nützlich verzeichnet werden und bleiben.

Ein ander Ding ist die hysterische Reaktion der CDU/CSU, in deren Führungsbereich man gar nicht auf die Idee gekommen ist, bei den Arbeitgeberverbänden oder bei Friedrich selbst zurückzufragen, ob die Wiedergabe seiner Aussage gerade auch in den als so alarmierend bewerteten Sätzen völlig korrekt gewesen war. Sozusagen aus der Hüfte heraus ließ die CDU/CSU-Führung schießen und den Arbeitgeberverbände-Präsidenten mit vollen Breitseiten eindecken. Wie mit einer Handbewegung weggewischt war die Gewißheit, mit der man sich bis dahin der naht- und lückenlosen Kooperation mit den Unternehmern vollauf bewußt gewesen war, einer Kooperation notabene, die natürlich ausschließlich gegen die sozialliberale Bundesregierung und die Bonner SPD/FDP-Koalition gerichtet gewesen war und sein mußte. Mit einem Schlag war die Freundschaft geplatzt und die Christdemokraten schossen wie wild um sich.

Man sollte diesen Vorgang und diesen 10. Januar 1972 nicht vergessen. An einem Modellfall besonderer Art wurde die tief-sitzende Unsicherheit der CDU/CSU deutlich, die sie in ihrer Oppositionsfunktion beherrscht, mit der sie sich auch jetzt noch nicht abgefunden haben und der sie überhaupt nicht gerecht werden können. Die Alternativlosigkeit, die auch durch den sogenannten "Stufenplan" des CDU-Vorsitzenden zur Deutschlandpolitik nicht beseitigt worden ist, paart sich mit dieser Unsicherheit, und beide Komponenten zusammen ergeben eine Opposition, die ihre Aufgabe ständig verfehlt: staatspolitisch und gesellschafts-politisch.

(ee/ee/11.1.1972/zs)

Gespräch mit der Kirche muß weitergehen

Anmerkungen zu den Godesberger Grundpositionen der SPD

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion
und Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Mit dem Godesberger Programm und der darin erklärten partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der SPD ist in den zurückliegenden Jahren ernst gemacht worden. Die Staatskirchenverträge in Nordrhein-Westfalen, das Konkordat in Niedersachsen, die Vereinbarungen in Hessen und Berlin sowie andere im Einvernehmen mit den Kirchen getroffene Entscheidungen auf schulischem Gebiet haben die SPD und die Kirchen dem erklärten Ziel der partnerschaftlichen Zusammenarbeit nähergebracht.

In letzter Zeit ist vor allem in katholischen kirchlichen Kreisen der Eindruck entstanden, daß das Interesse der SPD an dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der Zeit der Opposition größer und die Möglichkeit dazu leichter gewesen sei als in der Zeit der Regierung. Es ist daher gut, daß die Führung der SPD nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik deutlich gemacht hat, daß die Bastionen des Godesberger Programms nicht geschleift und verlassen, sondern ausgebaut werden. Dies gilt auch für das Verhältnis zu den Kirchen. Auch wenn die Terminkalender noch so voll sind, so müssen sich auch für diese wichtigen Gespräche Termine finden lassen.

In den Fragen der Schaffung eines neuen Eherechtes ist deutlich geworden, daß die moralischen Positionen der Kirche von der Regierung verstanden und respektiert werden. Die Katholiken erwarten von keiner Regierung, daß sie nur das tut, was sie glauben und für richtig halten. Das war auch bei den CDU-Regie-

rungen nicht so. Aber damals wurden von kirchlicher Seite Spannungen nicht so beachtet wie heute, wo durch eine bestimmte Begleitmusik im publizistischen Raum versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als ob das partnerschaftliche Verhältnis der SPD zur katholischen Kirche ein ständiges Opfer für die SPD sei. Dem ist nicht so. Es bedarf keiner Frage, daß die CDU solche Spannungen nicht nur mit Bedauern sehen würde.

Es kommt daher darauf an, daß das Gespräch im gegenseitigen Respekt weitergeführt wird und Mißverständnisse ausgeräumt werden. Anlässlich der Tagung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken hat dies z.B. Prof. Buchheim, Vorsitzender des politischen Beirats beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, getan, indem er öffentlich auf einen Brief vom 3. November 1971 an Willy Brandt hinwies, in dem er im Zusammenhang mit den "Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie" noch einmal deutlich gemacht hat, daß von katholischer Seite - ohne die geringste parteipolitische Intention - die gemeinsame demokratische Überzeugung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland gestützt wird.

Auch innerhalb der SPD ist es gut, wenn sich manche im Hinblick auf eine moralisch so wichtige Frage wie die Reform des § 218 StGB klar werden müssen, daß sie nicht "in einer halben Stunde" geklärt werden kann. Auch bestimmte Presseorgane und Publizisten, deren Verhältnis zur Kirche unbestritten distanziert, wenn nicht gegnerisch ist, und die gelegentlich für diese eigenen Auffassungen einen verlängerten Arm im politischen Raum suchen, müssen sich darüber klar sein, daß die SPD nur als große Volkspartei, wie sie in Godesberg vorgestellt wurde, den Weg in die Verantwortung gefunden hat und diese auch in Zukunft behalten kann.

Die katholischen Wähler, die in immer größerem Umfange bereit sind, der SPD ihre Stimme zu geben, erwarten, daß diese Grundposition von der SPD in der praktischen Politik immer wieder deutlich gemacht wird.

(-/ex/11.1.1972/ks)